

Antrag 2022/II/Ges/9

Jusos Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Ergebnisoffene Verhütungsberatung fördern – ökonomische Anreize reduzieren!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
2 beschließen:

3 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
4 werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Vergütungssystem der Quartals-
5 pauschale pro Fall in kassenärztlichen Praxen auf Möglichkeiten zur Sicherstellung einer ad-
6 äquaten und ergebnisoffenen Beratung zur Verhütung überprüft wird. Dabei soll insbesonde-
7 re in den Blick genommen werden, inwiefern derzeit wirtschaftliche Anreize für ein “schnelles
8 und einfaches Rezeptausstellen” bestehen und wie diese verhindert werden können.

9 **Begründung**

10 Die durchschnittliche Dauer für ein Verhütungsgespräch durch deutsche Gynäkolog:innen be-
11 trägt gerade einmal 7 Minuten – eine erstaunlich knappe Zeit in Anbetracht der Vielzahl an
12 Verhütungsmitteln.

13 Doch ist dies nicht in der flächendeckenden Unwilligkeit der Gynäkolog:innen begründet, son-
14 dern in einem - gewollten oder zufälligen - ökonomischen Anreiz. So kann die Beratungsleis-
15 tung derzeit unabhängig von der Dauer mit lediglich 8 € abgerechnet werden. Vor diesem
16 Hintergrund erscheint es ganz nachvollziehbar, dass auf das Aufzeigen von Alternativen zum
17 Verhütungsmittel Nr. 1 - der Pille für die Frau - zu verzichten, wohl wissend, dass die Patientin
18 regelmäßig für ein neues Rezept in die Praxis zurückkehren wird und somit stete Einnahmen
19 sicherstellt.

20 Eine so wichtige und unter Umständen folgenschwere Entscheidung, wie die Wahl des Verhü-
21 tungsmittels, muss umfassend informiert und wohl überlegt erfolgen. Deshalb sind alle be-
22 schränkenden und lenkenden ökonomische Anreize auszuschließen.